

**NIEDERSACHSEN VON MORGEN:
ÖKOLOGISCH, SOZIAL,
ZUKUNFTSFEST.**

VORWORT

Die Welt steht am Scheidepunkt: Entweder es gelingt, die Ursachen des Klimawandels, den Verlust an biologischer Vielfalt zu stoppen und die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren, wieder herzustellen und langfristig zu sichern; Oder wir werden eine andere Welt haben, die lebensfeindlich ist. Eine intakte Umwelt ist die Voraussetzung für Wertschöpfung und Beschäftigung sowie für ein gutes, freies und selbstbestimmtes Leben – auch für künftige Generationen. Auf einem toten Planeten gibt es keine Wirtschaft und keine Arbeitsplätze.

Deutschland hat sich mit den UN-Nachhaltigkeitszielen und dem Pariser Klimaabkommen bereits vor Jahren zu ehrgeizigen Zielen verpflichtet. Damit Nieder-

sachsen seinen notwendigen Beitrag zur Erreichung der Klima- und Nachhaltigkeitsziele leisten kann, bedarf es erheblicher Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Die sozial-ökologische Transformation ist die größte Herausforderung unserer Zeit. Niedersachsen kommt bei der Umsetzung eine besondere Verantwortung zu. Unser Land verfügt über gute Voraussetzungen für einen erfolgreichen und sozial gerechten Wandel: Naturräume mit enormen Potenzialen für Natur- und Klimaschutz und für den Ausbau erneuerbarer Energien, eine starke Industrie- und Dienstleistungsstruktur, eine bedeutsame Agrar- und Ernährungswirtschaft und hohe Innovationskraft.



Heiner Baumgarten

Vorsitzender
BUND Niedersachsen



Dr. Mehrdad Payandeh

DGB-Bezirksvorsitzender
Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Niedersachsen von morgen:

ökologisch, sozial, zukunftsfest.

Im Oktober 2022 sind Landtagswahlen in Niedersachsen. Der BUND und der DGB erwarten in den Wahlprogrammen der Parteien klare und verbindliche Aussagen für einen Aufbruch in eine sozial-ökologische Zukunft. Der BUND und der DGB sehen die neue Landesregierung in der Pflicht, unmittelbar mit Beginn der neuen Legislatur die notwendigen Weichen hierfür zu stellen.

Dabei müssen folgende Rahmenbedingungen gelten:

- ▶ **Ökologie, Gute Arbeit und Ökonomie sind kein Widerspruch:** Ambitionierter Klima- und Umweltschutz sowie Wertschöpfung müssen Hand in Hand gehen, damit Unternehmen und Arbeitsplätze auch für die Zukunft gesichert sind.
- ▶ **Sozialer Ausgleich ist ein Kernelement des Wandels:** Nur eine gerechte Gestaltung des Wandels („Just Transition“) verhindert eine soziale Spaltung unserer Gesellschaft und sorgt für eine gerechte Verteilung sowohl der Chancen als auch der Risiken und Kosten.
- ▶ **Effizienz erhöhen, Verbrauch reduzieren:** Neben Effizienzsteigerung und technischen Lösungen gilt es, unseren Energie-, Ressourcen- und Flächenverbrauch deutlich zu reduzieren.
- ▶ **Wirksamkeit sicherstellen:** Es bedarf ambitionierter Klima- und Nachhaltigkeitsziele, die mit konkreten Maßnahmen hinterlegt sind und deren Erreichen sichergestellt werden muss.

Acht Handlungsfelder zur Gestaltung des sozial-ökologischen Wandels:

1. Investitionsvolumen für den Klimaschutz und die Transformation ausweiten.

Es braucht massive Investitionen sowohl vom Staat als auch von den Unternehmen, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen und den Wandel zu gestalten. Der zusätzliche Bedarf öffentlicher Klimaschutzinvestitionen, die die originären Aufgaben der niedersächsischen Kommunen und des Landes Niedersachsen betreffen, kann auf jährlich rund 3 Mrd. Euro beziffert werden. Deshalb braucht es in Niedersachsen eine ambitionierte Investitionsoffensive, die unabhängig von der kurzfristigen Haushaltslage die notwendigen Zukunftsinvestitionen strukturell absichert. Dabei sollte das notwendige Kapital zinsgünstig und transparent vom Kapitalmarkt mobilisiert und die Kommunen durch Öffentlich-Öffentliche-Partnerschaften (ÖÖP) bei der Ausweitung der Investitionen unterstützt werden.



BUND und DGB schlagen vor:

- ▶ Massiver Ausbau der öffentlichen Angebote für eine sozial- und umweltverträgliche Mobilität in der Stadt und auf dem Land, u. a. durch die Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken sowie den Ausbau und die Verbesserung des ÖPNV und des Rad- und Fußwegenetzes.
- ▶ Einführung einer Mobilitätsgarantie für alle Menschen basierend auf einem entsprechenden ÖPNV-Angebot, d. h. : Jeder Ort muss von 5 Uhr morgens bis Mitternacht mindestens im Stundentakt erreichbar sein, gekoppelt mit dem Angebot eines flächendeckenden, landesweiten Jahrestickets für alle zu bezahlbaren Preisen (max. 1 Euro am Tag für Menschen mit geringem Einkommen wie u. a. Schüler*innen, Azubis)
- ▶ Massive Ausweitung der öffentlichen Investitionen u. a. in die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude, die Umstellung der Landesliegenschaften auf erneuerbare Energieversorgung (u. a. durch Ausstattung aller öffentlichen Gebäude mit PV-Anlagen) und der Fuhrparks des Landes auf klimaneutrale Antriebe.
- ▶ Gründung eines landeseigenen Investitionsfonds (NFonds), um das notwendige Kapital für öffentliche Investitionen am Kapitalmarkt zu mobilisieren.
- ▶ Ausbau des Klimaschutz-Maßnahmenprogramms des Landes zu einem 10-Jahres-Investitionsprogramm mit konkreten Maßnahmen – auf Basis eines kontinuierlich aufwachsenden, statt derzeit einmaligen Volumens, das durch den NFonds abgesichert wird.



2. Förderung der Wirtschaft nach ökologisch-sozialen Kriterien.

Förderprogramme des Landes müssen sich konsequent auf eine sozial-ökologische Entwicklung der Wirtschaft ausrichten. Die Förderkulisse muss mit verschiedenen Angeboten die Zukunftsinvestitionen der Unternehmen anreizen und unterstützen, z. B. Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz und -einsparung, den Bau innovativer und klimafreundlicher Anlagen oder Investitionen in Elektrifizierung und grünen Wasserstoff. Dabei muss grüner Wasserstoff als begrenztes Gut prioritär dort eingesetzt werden, wo Treibhausgasemissionen nicht auf anderem Wege reduziert werden können. Unternehmen, die von staatlichen Wirtschaftsförderprogrammen profitieren, müssen sich zu ehrgeizigen Nachhaltigkeitszielen und -maßnahmen verpflichten und die Einhaltung konkreter Nachhaltigkeitskriterien nachweisen (z. B. kompatibel mit den Klima-Zielen).

BUND und DGB schlagen vor:

- ▶ Ausweitung der landeseigenen Förderprogramme zur sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft als zentraler Teil des Klimaschutz-Maßnahmenprogramms unter Berücksichtigung der Bundes- und EU-Programme.
- ▶ Obligatorische Bindung von Subventionen, Zuschüssen und Fördermitteln des Landes an eindeutige und nachvollziehbare ökologische (z. B. Ressourcen- und Emissionseinsparungen) sowie soziale (insb. Tarifbindung und Beschäftigungssicherung) Kriterien.
- ▶ Gründung eines landeseigenen Transformationsfonds, um Unternehmen mit besonderem Transformationsdruck über öffentliche Beteiligungen mit den notwendigen finanziellen Mitteln für die Anpassung ihrer Geschäftsmodelle auszustatten.



3. Synergien zwischen Biodiversität und Klimaschutz nutzen.

Naturnahe Lebensräume wie Wälder, Moore und Auen erfüllen herausragende Funktionen für die Gesellschaft. Sie wirken als natürliche Kohlenstoffspeicher dem Klimawandel entgegen, schützen als natürliche Wasserspeicher vor gravierenden Klimafolgen wie Hochwasser- und Dürrephasen. Als grüne Lungen und Erholungsräume tragen sie außerdem wesentlich zu Gesundheit und Wohlbefinden der Menschen bei. Ein großer Teil der Lebensräume, z. B. 90 Prozent der niedersächsischen Moore, wurde in der Vergangenheit massiv beeinträchtigt. Eine gelungene Transformation bedeutet auch, diese Räume so zu entwickeln, dass sie ihre vielfältigen Funktionen wieder erfüllen können.

BUND und DGB schlagen vor:

- ▶ Ausreichend finanziertes „Investitionsprogramm Biodiversität“ für Niedersachsen schaffen, um Schutz und Renaturierung von Lebensräumen (z. B. Wälder, Moore oder Auen) vornehmen zu können.
- ▶ Landeseigene Flächen wie z. B. Landeswald oder landeseigene Moorflächen sollen eine Vorbildfunktion für Klima-, Arten- und Biotopschutz erfüllen. Dafür müssen entsprechend öffentliche Mittel zur Verfügung stehen.

- ▶ Sofortiger Stopp der Sparmaßnahmen sowie Aufbau von qualifiziertem Forstpersonal in Forstbetrieben und Forstverwaltungen, um naturnahe, stabile Waldbestände zu gewährleisten.

- ▶ Langfristige Einkommensabsicherung für Eigentümer*innen und Landnutzer*innen, die ihre Flächen primär nach ökologischen Kriterien entwickeln und bewirtschaften (z. B. „Moorklimawirt“ auf wiedervernässten Mooren).

4. Energiewende erfolgreich machen.

Eine Grundbedingung der Transformation ist eine zukunftsfähige Energiewende, die eine vollständige Versorgung aus erneuerbaren Energiequellen sicherstellt. Sie muss eine naturverträgliche, sichere, sozial gerechte und wettbewerbsfähige Energieversorgung gewährleisten. Das kollektive Interesse muss dabei vor Individualinteressen gestellt werden. Die Energiewende erfordert eine erhebliche Steigerung der Energieeffizienz, eine konsequente Nutzung von Einsparpotenzialen, einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien, den Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft und eine Regionalisierung der Energieversorgung.

BUND und DGB schlagen vor:

- ▶ Entwicklung eines konkreten und verlässlichen Energie-Zielsystems für Niedersachsen, auf dessen Basis der erforderliche Ausbau der Energieerzeugungs-, Energiespeicher- und Übertragungsinfrastruktur vorangetrieben wird.
- ▶ Stärkung von Bürger*innenenergie: Durch mehr Teilhabe, Rechte, Bonusmodelle, kostenfreie Gründungsunterstützung und Weiterbildungen sollen alle Bürger*innen die Möglichkeit haben, an einer naturverträglichen Stromerzeugung mitzuwirken und zu profitieren. Das Land sollte sich u. a. auf Bundesebene dafür einsetzen, in der anstehenden EEG-Novelle einen gesetzlichen Rahmen für das Energy Sharing, also die gemeinschaftliche Erzeugung und Nutzung von Strom im Verteilnetz, zu verankern.
- ▶ Effiziente Planungs- und Genehmigungsverfahren ermöglichen, in denen in einem zügigen Zeitrahmen alle relevanten Aspekte angemessen berücksichtigt werden können, dazu gehört auch der Ausbau der personellen Kapazitäten in den Gewerbeaufsichtsämtern.
- ▶ Naturverträglichkeit der Energiewende gewährleisten, indem u. a. der Ausbau von Photovoltaik auf und an Gebäuden und versiegelten Flächen höchste Priorität erhält. Für die Windkraft sind landesweit rechtssichere Vorranggebiete auszuweisen, bundesweite Bewertungsstandards sowie landesweite Artenschutzprogramme für von der Windkraft betroffene Arten einzuführen.

5. Produktverantwortung stärken.

Das Land Niedersachsen und seine Kommunen haben als bedeutende Auftraggeber nachfrage-seitig eine große wirtschaftliche Impulskraft, die es zu nutzen gilt. Eine Integrierte Produktpolitik (IPP) verfolgt konsequent das Ziel, den Ressourcenverbrauch und die negativen Umweltwirkungen von Produkten über ihren gesamten Lebenszyklus, von der Konzeption über Herstellung, Handel und Nutzung bis zur Wiederverwendung im Sinne einer Kreislaufwirtschaft, zu verringern. Das Land muss v. a. bei der Beschaffung von Produkten und bei Leistungsvergaben ökologische und soziale Kriterien obligatorisch vorgeben, um nachhaltig wirtschaftende Betriebe vor einem reinen Preiskampf zu schützen und sichere Absatzmärkte für nachhaltige, innovative Produkte zu schaffen. Nachweislich leisten mitbestimmte und tarifgebundene Unternehmen mehr für den Klimaschutz, nicht zuletzt deshalb muss die Tariftreue in der öffentlichen Auftragsvergabe zum Standard werden.

BUND und DGB schlagen vor:

- ▶ Novellierung des Tariftreue- und Vergabegesetzes (NTVerG), um ökologische und soziale Kriterien sowie die umfassende Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in Niedersachsen obligatorisch einzuführen.
- ▶ Einführung von öffentlichen Landes-Beschaffungsquoten für grüne (Vor-) Produkte und emissionsneutrale Fahrzeuge.
- ▶ Förderung des Einsatzes von Recyclingprodukten: Um die Versorgungssicherheit mit Rohstoffen und Baumaterialien sicherzustellen, ist u. a. die Recyclingwirtschaft im Land massiv auszubauen.
- ▶ Förderung von „Circular Cities and Regions Initiatives“ in Niedersachsen mit dem Ziel, verbesserte und innovative Methoden der Kreislaufwirtschaft in ihren Wirtschaftssektoren, Wertschöpfungsketten und Dienstleistungsbereichen umzusetzen.
- ▶ Steigerung des Angebotes regionaler, saisonaler und fair gehandelter Produkte aus dem ökologischen Anbau in Kantinen, Schulen und Kitas, um die Ziele des Landes zur Steigerung des Ökolandbaus zu unterstützen.

6. Verzahnung mit der Wissenschaft sicherstellen und Wirksamkeit und Effektivität der Maßnahmen überwachen.

Die notwendige Transformation erfordert eine wissenschaftliche Begleitung und Beratung. Es muss u. a. kontinuierlich und nachvollziehbar überprüft werden, welche Ziele Niedersachsen in der Transformation erreicht hat und welche nicht.

BUND und DGB schlagen vor:

- ▶ Einführung eines kontinuierlichen niedersächsischen Transformations-Monitorings mit ökologischen (u. a. Klimaziele, Biodiversität, Umweltqualität), sozialen (u. a. Beschäftigungswirkung, Gute Arbeit) und wirtschaftlichen Kriterien.

- ▶ Etablierung eines unabhängigen Beratergremiums unter Einbindung von Wissenschaft, Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie Umweltverbänden zur kontinuierlichen Reflektion der Monitoringergebnisse.

- ▶ Ausbau von Forschung und Entwicklung sowie die Ermöglichung von Pilotanlagen und Demonstrationsprojekten in Transformationsthemen wie der Mobilitätsforschung, Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft, Energiewende etc.

7. Gesellschaftliche Partizipation ausbauen.

Niedersachsen braucht eine Politik, die eine breite gesellschaftliche Begleitung des Strukturwandels ermöglicht. Transformationsprozesse können nur gelingen, wenn die Zivilgesellschaft frühzeitig und intensiv eingebunden wird, sowohl auf Landes- als auch auf regionaler Ebene.

BUND und DGB schlagen vor:

- ▶ Flächendeckende Gründung von Transformationsbeiräten unter Beteiligung von Politik, Wirtschafts- und Sozialpartnern, Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Akteuren.
- ▶ Regierungskommission zum Thema „Sozial-ökologische Transformation“
- ▶ Bürger*innen zu aktiven Mitgestalter*innen der Transformation machen durch massive Förderung von Angeboten wie Bürger*innenenergie, Mobilität von und für Bürger*innen, Reparatur-Cafés sowie verbesserte Transparenz bei Produkten
- ▶ Zielgruppenspezifische Informationskampagne zum Thema Transformation.




8. Bildungssystem auf den Transformationsprozess ausrichten.

Die Transformation wird nur gelingen, wenn das erforderliche Know-How für alle Akteure zuverlässig zur Verfügung steht. Daher müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, um eine sachgerechte Beratung der Haushalte und Unternehmen sicherzustellen und den hohen Qualifizierungsbedarf der Arbeitnehmer*innen, insbesondere in den von Transformation besonders betroffenen Wirtschaftszweigen, zu decken.

BUND und DGB schlagen vor:

- ▶ Gemeinsame Entwicklung von Qualifizierungsangeboten zur Transformation unter Mitwirkung der Sozialpartner sowie von Beratungs- und Förderangeboten für betriebliche Multiplikator*innen und Mitbestimmungsakteure.
- ▶ Massiver Ausbau von Landesprogrammen zur Weiterbildungsförderung von Beschäftigten, wobei Geringqualifizierte unabhängig von der Unternehmensgröße zu fördern sind.





► Sozial-ökologische Transformation sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung zu Schwerpunkten der niedersäch-

sischen Erwachsenenbildung machen und eine nachhaltige Finanzierung sicherstellen.

DGB und BUND sind sich bewusst, dass das Land in seiner bundesstaatlichen und europäischen Einbettung nicht isoliert betrachtet werden kann. Die Maßnahmen und Finanzvolumina auf Europa-, Bundes- und Landesebene sind daher immer zusammen zu betrachten. Planungen sind aufeinander abzustimmen, um an Effektivität zu gewinnen. Um Wegbereiter für eine erfolgreiche und beispielhafte sozial-ökologische Transformation zu werden, muss Niedersachsen daher sehr konsequent dafür sorgen, dass die nur auf Europa- und Bundesebene möglichen Schritte auch tatsächlich gegangen werden.



Impressum

Herausgeber:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Landesverband Niedersachsen e. V.
Goebenstr. 3a, 30161 Hannover
Telefon 0511 965 69 – 0
bund@nds.bund.net
www.bund-niedersachsen.de

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt
Otto-Brenner-Straße 1, 30159 Hannover
www.niedersachsen.dgb.de

Verantwortlich: Dr. Mehrdad Payandeh, Vorsitzender des
DGB Niedersachsen

Redaktion: Ruben Eick, Heike Robrahn
Gestaltung/Druck: drucktechnik-altona.de

Mai 2022





www.bund-niedersachsen.de



www.niedersachsen.dgb.de